

# Bundesarbeitsgemeinschaft für Soziales, Arbeitsmarkt und Gesundheit

## SprecherInnen

### Bärbl Mielich

Ferdinandstr. 38  
53127 Bonn  
Tel.: 07664-60419  
FAX.: 07664-600317  
E-Mail: b.mielich@t-online.de

### Willi Kulke

Schloßhofstr. 1  
33615 Bielefeld  
Tel.: 0521-130979

Bündnis 90/Die Grünen  
Viktoriastr. 41  
33602 Bielefeld  
Tel.: 0521-121587  
Fax: 0521-1365396  
E-Mail: wkulke@geschichte.uni-bielefeld.de

### Germanus Hungeling

Ellerstr. 30 Universität Bielefeld  
33615 Bielefeld  
Tel.: 0521-122119

Fakultät für Gesundheitswissenschaften  
Tel.: 0521-1064816  
Fax.: 0521-1066044  
E-mail: germanus@hrz.unibielefeld.de

Bielefeld, den 20. Juni 1999

Liebe Freundinnen und Freunde,

## hier die Einladung zur BAG-Sitzung am 2.-3.7.1999 in Hannover (nur Fachbereich Arbeit/Soziales)

Um einmal die Möglichkeit zu haben länger über inhaltliche Themen zu diskutieren haben wir die Treffen der Bereiche Gesundheit bzw. Arbeit/Soziales einmalig getrennt. Die Gesundheitsleute tagten bereits vor 6 Wochen

**2.7.1999 18.00-22.00 Uhr Fachbereich Soziales**

**im Cafe Konrad (siehe beiliegenden Plan)**

### Tagesordnung:

- TOP 1 Begrüßung/Berichte
- TOP 4 Diskussion Thema Rente (siehe beiliegende Papiere)
- TOP 5 Verschiedenes (u.a. weitere Arbeitsplanung 1999/2000)

**8.5.1999 9.30-16.00 Uhr Fachbereich Arbeit**

**im Freizeitheim Lister Turm, Walderseestr. 100 (siehe beiliegenden Plan)**

### Tagesordnung:

1. Bericht Bundestagsfraktion, Bericht Europafraktion, Bericht BuVo
2. Bericht Bündnis für Arbeit
3. Schwerpunktthema Jugendarbeitslosigkeit (Vorbereitung Büro Christian Simmert) (bis ca. 12.30)
4. Diskussion: Welche Perspektiven hat die grüne sozial- und Arbeitsmarktpolitik in den Grünen angesichts der derzeitigen Politik der rot-grünen Bundesregierung (siehe u.a. Schröder/Blair-Papier bzw. die diversen Stellungnahmen unsere grünen Finanzpolitiker)
5. Verschiedenes



ehr  
eld  
eren  
Lob

# „Private Altersvorsorge muß ein Angebot bleiben“

**INTERVIEW** Die Rentenexpertin von Bündnis 90/Die Grünen, Thea Dücker, über die Pläne von Arbeitsminister Walter Riester, der mit seinen Reformeckpunkten den Koalitionspartner verärgerte

**BONN.** Mit der Bundestagsabgeordneten und Rentenexpertin von Bündnis 90/Die Grünen, Thea Dücker, sprach Claudia Mahnke.

**GA: Zwischen SPD und Grünen knirscht es wegen der Pläne von Bundesarbeitsminister Walter Riester, eine Pflicht zur privaten Altersvorsorge einzuführen. Warum lehnen Sie das ab?**

**DÜCKER:** Die private Altersvorsorge muß ein Angebot an die junge Generation bleiben. Wir können neben der gesetzlichen Rentenversicherung nicht noch weitere Zwangselemente einführen.

**GA: Was ist der Grund dafür?**

**DÜCKER:** Die junge Generation hat ohnehin schon Miftrauen gegenüber dem Rentensystem. Dem kann man nur mit attraktiven Angeboten begegnen. Außerdem würden Menschen mit kleinem Einkommen besonders getroffen. Das wäre unsozial.

**GA: Was schlagen Sie statt dessen vor, damit auch Arbeitnehmer mit geringerem Einkommen später noch ausreichende Renten haben?**

**DÜCKER:** Die junge Generation darf nicht übermäßig dadurch belastet werden, daß die ältere Generation immer länger in der Rente bleibt. Die Lasten müssen gerecht verteilt werden. Außerdem gibt es mehr unterbrochene Erwerbsbiographien. Phasen von selbständiger und unständiger Arbeit oder Teilzeitarbeit wechseln sich ab. Das System muß Erwerbslücken stützen, so daß der Trend zu niedrigen Renten gestoppt wird. Deshalb brauchen wir die bedarfsorientierte Mindestsicherung.



Thea Dücker,  
Rentenexpertin von  
Bündnis 90/Die  
Grünen.  
FOTO: JÜRGEN EIS

**GA: Die Grünen fordern eine eigenständige Alterssicherung für Frauen. Wird das durch die vorgesehene Mindestsicherung ausreichend berücksichtigt?**

**DÜCKER:** Nein. Frauen müssen eigenständige Anwartschaften auf Rente aufbauen können. Kindererziehungs-, Pflege- und Weiterbildungsphasen müssen stärker berücksichtigt werden.

**GA: Was halten Sie von der Idee, die Renten für zwei Jahre nur in Höhe der Inflationsrate anzupassen?**

**DÜCKER:** Wenn wir schon im Zeichen der Haushaltssanierung die Rentenanpassung verringern, dann muß auch ein Einstieg in eine Rentenstrukturreform erkennbar sein. Das ist bisher nicht der Fall. Es muß statt dessen ein einfach berechenbarer und kalkulierbarer Pfad der

müßte der gesetzliche Rahmen für Pensionsfonds, die über ihren Mix von Anlageformen eine sichere Entwicklung bieten, verbessert werden. Auch betriebliche Angebote zur Altersvorsorge über Pensionsfonds müßten attraktiver werden.

**GA: Auch Rot-Grün will bei den Renten sparen. Wo ist der Unterschied zur Vorgängerregierung?**

**DÜCKER:** Wir wollen ein faires Rentensystem. Deshalb brauchen wir einen neuen Generationenvertrag, so daß es einen gerechten Ausgleich zwischen den Generationen gibt. Wenn wir den jüngeren Menschen später einmal eine armutsteste Rente bieten wollen, dann müssen alle heute ihren Beitrag leisten. Das ist nicht Sparen, sondern ein solidarisches Verteilensystem zusätzlich mit Steuermitteln vollzupumpen.

**GA: Die Grünen haben eher beiläufig von den Rentenplänen Riesters erfahren. Fühlen Sie sich als Koalitionspartner schlecht behandelt?**

**DÜCKER:** Das war ein Vorgang, der sich nicht wiederholen darf. Die Verabredung war, daß wir im Jahresverlauf gemeinsam eine Rentenreform mit Hand und Fuß entwickeln. Jetzt sind wir plötzlich mit Teilen von Eckpunkten konfrontiert. Das hat für viel Ärger und Unmut gesorgt.

**GA: Wie geht es jetzt weiter?**

**DÜCKER:** Wir lehnen den Zwang zur privaten Altersvorsorge ab. Darüber soll wegen des Sparpaketes für den Haushalt 2000 jetzt entschieden werden. Der Streit wird wahrscheinlich in der Koalitionsrunde kommende Woche ausgetragen.

Renten Anpassung eingeführt werden. Es wäre eine vergebene Chance, wenn wir nicht einen Altersfaktor in die Rentenformel einführen, der die Lasten der längeren Lebenserwartung gerecht auf die Generationen verteilt.

**GA: Was heißt gerecht?**

**DÜCKER:** Entweder müssen kleinere Renten durch den Altersfaktor weniger gekappt werden als größere oder neben einem Altersfaktor, der auf alle Renten gleich wirkt, muß die bedarfsorientierte Mindestsicherung eingeführt werden, die als soziales Netz nach unten wirkt.

**GA: Wie möchten Sie die freiwillige private Altersvorsorge attraktiver gestalten?**

**DÜCKER:** Man könnte die Vorsorge nur noch nachgelagert besteuern. Außerdem

den  
den  
den

Armeen werden nie ein

SZ 19.6.99

# Zwang lehnen wir ab

## Grünen-Fraktionschef Schlauch für „sanften Einstieg“ in die Privatrente auf freiwilliger Basis

Grünen-Fraktionschef Rezzo Schlauch hat wiederholt Gegenpositionen zu Arbeitsminister Walter Riester (SPD) eingenommen. Nach dem Streit um das Scheinselbstständigengesetz ist er nun auch auf Konfrontation in der Rentenpolitik gegangen. Mit ihm sprachen Christiane Schlotzer und Marc Hujer.

**SZ: Walter Riesters Rentenreform ist in der Koalition auf Ablehnung gestossen. Was wird aus seinem Konzept?**  
Schlauch: Dies war am Anfang möglicherweise in der Zuspitzung falsch angekommen. Wir halten Riesters Konzept nicht für grundlegend falsch. Im Gegenteil. Wir finden richtig, daß er die Renten Anpassung bremsen und nur einen Inflationsausgleich vornehmen will. Wir begrüßen auch die Umsetzung einer langjährigen Grünen-Forderung, die Schaffung einer sozialen Grundversicherung.  
Aber das obligatorische Sparen halten Sie für falsch?

Da gibt es Aspekte, die wir immer geteilt haben, zum Beispiel die Bildung eines Kapitalstocks. Aber daß das gesetzlich erzwingen werden soll, lehnen wir ab. Diesem Vorschlag liegt ein antiquiertes Bild der Arbeitswelt zugrunde - mit großen Betrieben und hohen Lohnsummen.  
Sie wollen einen Kapitalstock, aber ganz ohne Zwang.

Die positiven Aspekte in Riesters Vorschlag sollten wir erhalten, indem wir es mit einem sanften Einstieg auf freiwilliger Basis versucht.  
Das ist ja der Weg, den Norbert Blüm gegangen ist. Der hat gesagt, wir streichen die Rente zusammen, und fördern dafür die Vermögensbildung.  
Aber er hat nicht unser Modell auf dem Tisch gehabt.

Jetzt ist bei den Grünen die Forderung aufgetaucht, diesen demographischen Faktor zu berücksichtigen. Heißt das, zusätzlich aussetzen und dann noch demographischer Faktor?  
Der demographische Faktor ist für uns nach wie vor ein zentraler Punkt, der parallel zur geplanten Rentenkapppung kommen muß.  
Sie haben das Papier von Riester erst ge-



REZZO SCHLAUCH.

Photo: AP

hat - bei uns ist es eben anders. Viele haben sich auf dem Status des Selbständigen eingerichtet, sie haben ihre Familienplanung, ihre persönliche Planung darauf ausgerichtet. Und wenn sie jetzt in ein anderes System gezwungen werden, ist das falsch.

Stimmen Sie mit Riester darin überein, daß Sie sein Gesetz de facto abschaffen? Es wird nicht abgeschafft, sondern erheblich relativiert.  
Der Vorsitzende der Kommission, Bundesarbeitsminister Dieterich, hat sich ... er erbot über ihre öffentliche

**Darstellung, die Korrektur des Gesetzes sei bereits beschlossen.**  
Möglicherweise ist er erbost, das tut mir auch leid, aber zumindest nachdem, was mir berichtet worden ist, hat er eine hervorragende Arbeit in dieser Kommission geleistet. Die Mißstimmigkeiten, die es da jetzt gibt, hängen wahrscheinlich mit der Frage der Information der Öffentlichkeit zusammen. Aber in der Sache habe ich nichts zurückzunehmen.

**Ali das erweckt den Eindruck, daß die Regierung nach dem Prinzip „try and error“ funktioniert - also nach dem Motto: versuchen wir es mal und dann korrigieren wir alle unsere Irrtümer?**  
Quatsch. Um noch einmal bei der Scheinselbstständigkeit anzufangen: Meine Überlegungen waren die, was schadet denn mehr? Schadet mehr auf Dauer, wenn man ein Gesetz, das möglicherweise zu falschen Ergebnissen führt, beläßt, nur um die Position zu halten und das Gesicht zu wahren, oder schadet es mehr, es zu ändern, um zu einer realitätstauglichen Regelung zu kommen.

**Gilt das auch für den Rentenstreit? Riesters Staatssekretär Gerd Andres hat gesagt, wenn Sie die Reform ohne Zwangsparen machen, dann ist das Ganze in Gefahr.**  
Das stimmt mit Sicherheit nicht. Erstens: Information und Einbindung ist die halbe Miete in der Politik, das wissen wir, insbesondere, wenn man in einer Koalition ist. Das zweite ist: Man kann mit einem sanften Einstieg der Freiwilligkeit die positiven Aspekte dieses Modells testen.  
Wenn Schröder in Richtung Schröder/Blair steuert, hat er dann die Grünen auf seiner Seite?

Das ist allein Sache der SPD. Die Grünen sind immer diejenigen gewesen, die in der Frage Steuerreform, in der Frage Reform der sozialen Sicherungssysteme eine Vorreiterrolle eingenommen haben. Wir sind ja in dieser Auseinandersetzung eigentlich sehr viel besser gerüstet aus unseren Oppositionszeiten mit unseren Konzepten. Der Prozeß, den man jetzt bei der SPD sieht, zeigt, daß sie an diesem Punkt Nachholbedarf hat.

## **Den Knoten im Bündnis für Arbeit aufknüpfen, Beschäftigungspotentiale im Dienstleistungssektor nutzen, 500000 neue Jobs schaffen**

Das Bündnis für Arbeit ist ein langfristiges Projekt. Die Erfahrungen in den Niederlanden zeigen, daß erst durch einen stetigen Dialog zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber dauerhafte Erfolge auf dem Arbeitsmarkt erzielt werden können. Mit der Benchmarkinggruppe, der Steuerungsgruppe und den Facharbeitskreisen hat sich das Bündnis für Arbeit eine leistungsfähige Struktur zur Analyse und Konzeptionsentwicklung geschaffen.

Allerdings gilt auch für das Bündnis für Arbeit: Das Rad muß nicht zweimal erfunden werden. Schon lange gibt es in der Bundesrepublik einen Konsens darüber, daß die Arbeitsmarktentwicklung drei herausragende Probleme aufweist:

1. Bleibt die Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungssektor unterhalb der Beschäftigungspotentiale;
2. Wächst der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Arbeitslosigkeit beständig an;
3. Ist die Vermittlungsleistung der Arbeitsämter unbefriedigend.

Für alle Probleme liegen verschiedene Konzepte vor, die darauf abzielen das brachliegende Beschäftigungspotential zu erschließen. Den Vorschlägen ist gemein, daß sie den Übergang von der Arbeitslosigkeit in den ersten Arbeitsmarkt flexibler gestalten wollen. Der Streit entbrennt um die Wirksamkeit und die unbeabsichtigten Nebeneffekte. Bündnis 90/Die Grünen finden, jedes Modell, daß Menschen eine realistische Erwerbsperspektive bietet, ist es wert, erprobt zu werden. Deshalb bedauern wir es, daß der Vorschlag von Streek/Heinze, der der Benchmarking-Gruppe im Bündnis für Arbeit vorgestellt wurde, dazu genutzt wurde, um solchen Ideen eine generelle Absage zu erteilen. Wir finden die Zeit der wechselseitigen Kritik zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften am Modell des anderen ist vorüber, die Zeit zum Handeln ist gekommen. Das Bündnis für Arbeit braucht ein deutliches Signal.

Angesichts der Effektivität und Effizienz der bisherigen aktiven Arbeitsmarktpolitik sind die Chancen hoch, durch das Erproben neuer Wege wieder mehr Menschen als bisher in Arbeit zu bringen. Bislang geben der Bund sowie die Bundesanstalt für Arbeit 137,5 Milliarden Mark pro Jahr zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit und für Arbeitsförderung (40 Mrd. DM) aus, ohne daß es bislang hinreichend gelungen ist, Einstiege in den ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“ ist eine richtige Leitlinie - bislang ist sie erst unzureichend eingelöst. Zu oft wechseln die Menschen von einer Fördermaßnahme in die nächste, zu selten gelingt der Sprung auf den ersten Arbeitsmarkt. Das wollen wir ändern. Die Senkung der Arbeitslosigkeit ist das prioritäre Ziel der Regierung Schröder/Fischer. Neben der Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingung ist eine flexiblere Arbeitsmarktpolitik der Schlüssel zur Erreichung dieses Ziels.

Bündnis 90/Die Grünen wollen weg von der öffentlichen Verwaltung von Arbeitslosigkeit hin zu mehr Wettbewerb um die Beschaffung von Arbeit. Wir brauchen dynamische Beschäftigungsverhältnisse, die den Übergang von der Arbeitslosigkeit in den ersten Arbeitsmarkt erleichtern. Bislang treffen statische Transferleistungen auf einen immer dynamischer werdenden Arbeitsmarkt. Zu oft bleiben so Beschäftigungschancen ungenutzt. Dynamische Beschäftigungsverhältnisse hingegen kombinieren staatliche Transferzahlungen mit Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt. Sie sind Sprungbrett in statt Rutschbahn aus dem Arbeitsmarkt. Aus unserer Sicht gibt es keinen Königsweg um aus der bisherigen



**Dr. Thea Dückert**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bundeshaus  
Dr. Thea Dückert  
Bundeshaus HT 403  
53113 Bonn  
Tel: (0228) 16-81547  
Fax: (0228) 16-86515  
Thea.dueckert@mdb.bundestag.dbp.de

Bonn, den 20. April 1999

## Grüne Eckpunkte zur Rentenreform - Die Altersvorsorge der Zukunft

### 1. Ziele der Rentenreform

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind im Wandel. Nur durch eine *umfassende Rentenreform* kann die Altersvorsorge auf die Herausforderungen der Zukunft eingestellt werden.

- Die Lebenserwartung der Menschen steigt von Jahr zu Jahr. Die Rentnerinnen und Rentner profitieren von dieser positiven Entwicklung durch längere Rentenzuläufezeiten. Ein Ziel der Rentenreform muß es sein, die *Kosten des demographischen Wandels gerecht zwischen allen Generationen zu verteilen.*
- Die *Stabilisierung der Beiträge ist im Sinne der jungen Generation und der Beschäftigungsentwicklung ein wichtiges Ziel der Reform.*
- Die Bedingungen der Erwerbsarbeit und die Anforderungen der Arbeitswelt haben sich erheblich verändert. Verlängerte Ausbildungszeiten, höhere Mobilität und Flexibilität werden selbstverständlich erwartet. Arbeitszeitverkürzung, Teilzeitarbeit und Unterbrechungen der Erwerbsarbeit werden immer häufiger. *Eine moderne Rentenversicherung muß den Umbrüchen in der Arbeitswelt und in den Familien Rechnung tragen.* Armut im Alter muß auch für die junge Generation sicher vermieden werden.
- Schon lange gibt es gravierende Mängel in der Altersversorgung von Frauen, die mit ihren Lebens- und Erwerbsverläufen häufig keinen hinreichenden eigenständigen Rentenanspruch aufbauen können. *Eine eigenständige Alterssicherung für Frauen ist ein eigenständiges Ziel der Reform.*
- Die *zusätzlichen Säulen der Altersvorsorge*, insbesondere die private Vorsorge, Betriebsrenten und Pensionsfonds können die gesetzliche Rentenversicherung flankieren und *sollten gestärkt werden.* Ein Teilkapitalstock kann die demographisch schwierigsten Zeiten zwischen den Jahren 2020 und 2030 finanziell abfedern.
- Auf die Folgen der neuen Urteile des Bundesverfassungsgerichtes muß die Rentenversicherung vorbereitet werden.* Konkrete inhaltliche Lösungsvorschläge sind allerdings erst möglich, wenn alle Urteile vorliegen und der Familienlastenausgleich neu geregelt ist.
- Auch die *Harmonisierung der verschiedenen Systeme der Alterssicherung* wird eine zukünftige Aufgabe sein.
- Zu berücksichtigen ist, daß Regelungen zum Vorruhestand lediglich ein eingeschränkt wirkendes arbeitsmarktpolitisches Instrument sind und die Finanzierung der Renten erschweren.

Teilzeitarbeitsplätze und steigen die Einnahmen für die Sozialversicherungen. Damit wird ein weiterer Weg beschritten, der dazu beitragen kann die Steuer- und Abgabenlast insgesamt zu verringern.

### **3) Modernisierung der Arbeitsvermittlung**

Durch eine wiedereingliederungsorientierte Arbeitsvermittlung sollen Langzeitarbeitslose und arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger wieder in Beschäftigung integriert werden. Die Arbeits- und Sozialämter beauftragen hierzu Vermittlungsbüros. Diese Firmen gehen bei potentiellen Arbeitgebern „Klinkenputzen“, da viele offene Stellen (etwa 70 %) weder den Arbeitsämtern gemeldet noch über Inserate angeboten werden. Dieser Vorschlag knüpft an entsprechende Erfahrungen in Holland an, wo mittels des Vermittlungsbüros MAATWERK, sogenannte schwervermittelbare Arbeitslose wieder in reguläre Beschäftigung vermittelt werden konnten. Die Sozial- und die Arbeitsämter schicken arbeitsfähige Antragsteller auf Sozial- bzw. Arbeitslosenhilfe im Rahmen des Modellversuchs sofort in solche Vermittlungsbüros. Wenn ein Arbeitslosenhilfe- bzw. Sozialhilfeempfänger länger als 6 Monate in der neuen Stelle war, zahlt das Arbeits- bzw. Sozialamt dem Vermittlungsbüro pro Vermitteltem 4.000,- DM. Diese Ausgabe rechnet sich für die Sozial- und Arbeitsämter nach max. 3-4 Monaten.

### **4) Aktivierung der Beschäftigungspotentiale im Dienstleistungssektor (Streeck/Heinze-Modell)**

Wir verstehen die Zweifel, die von Gewerkschaften und Arbeitgebern an der Einführung eines generellen Niedriglohnssektors geäußert werden. Allerdings bietet der Vorschlag von Streeck/Heinze an die Benchmarking-Gruppe des Bündnisses für Arbeit auch Chancen für mehr Beschäftigung, die wir nicht in den Bedenken untergehen lassen wollen. Konkret haben sie vorgeschlagen, Arbeitseinkommen unterhalb des steuerfreien Existenzminimums von Sozialabgaben freizustellen, und oberhalb dieser Freigrenze (die derzeit bei 1.500 DM/Monat bzw. 18.000 DM/Jahr läge) einen progressiven Tarif einzuführen, der erst beim Doppelten des Freibetrages (3000 DM/Monat bzw. 36.000 DM/Jahr) in den linearen Tarif übergeht. Ein Modellversuch hält etwaig auftretende ungewollte Nebeneffekte in Grenzen und erlaubt eine realistische Abschätzung der aktivierbaren Beschäftigungspotentiale im Dienstleistungssektor.

**halb ist es notwendig, neue Methoden zur Berücksichtigung veränderter Erwerbsbiographien einzuführen. Antworten sind:**

- Neue pauschalisierte Beitragszeiten für Ausbildung und lebenslange Weiterbildung, aber auch eine
- bessere Absicherung von Teilzeitarbeit.

Die Altersvorsorge muß Armut wirksam vermeiden. Es ist mithin auch erforderlich, Vollzeiterwerbstätige mit niedrigen Einkommen vor Altersarmut zu schützen.

Für diese zusätzlichen, arbeitsmarktpolitisch begründeten Anforderungen an die Rentenversicherung müssen sachgerechte Lösungen für die Finanzierung der Beiträge entwickelt werden. Es ist denkbar, hier steuerfinanzierte Zuschüsse auch aus der Bundesanstalt für Arbeit einzubeziehen. Auch im Bündnis für Arbeit können neue Finanzierungsformen entwickelt werden.

**(3) Neue Formen der Leistungsbewertung** können negative Auswirkungen von lückenhaften oder schlechten Beitragszeiten abschwächen.

Dafür gibt es unterschiedliche Ansätze, deren Auswirkungen sorgfältig zu prüfen sind. Das grüne Modell der 40 "besten" Jahre bezieht sich auf einen belegungsfähigen Gesamtzeitraum von 49 Jahren. Durch die Anrechnung der 40 besten Jahre wird die Bedeutung von rentenrechtlichen Lücken eingeschränkt. Auch andere Ansätze für die flexible Anrechnung von beitragschwachen Zeiten (Modell der BfA) greifen die Veränderungen im Arbeitsleben auf. Bei der Rentenreform wird es darum gehen, in einem Gesamtkonzept die Wagnisse des Lebenslaufes und der Arbeitskarriere besser abzusichern und dennoch dem Lebensverdienst eine wichtige Rolle zu erhalten.

**(4) Für eine eigenständige Alterssicherung von Frauen** sind die bessere Absicherung von unsteten Erwerbsbiographien, von Teilzeit, Kindererziehung und Pflege ein wichtiger Beitrag. Für Frauen (mit Kindern), die auf diese Weise Anwartschaften aufbauen, wird die Hinterbliebenenrente entbehrlich. In der Rentenversicherung der Zukunft sollten Berufsarbeit, Kindererziehung und Pflege zu ausreichenden eigenständigen Rentenansprüchen führen - dies würde die abgeleitete Witwenrente überflüssig machen. Das entspricht den Orientierungen der jungen Generation.

Es geht hier um zukünftige Umstellungen in der abgeleiteten Versorgung, die Witwen im Ruhestand oder mit Vertrauensschutz nicht betreffen. Allen Paaren muß es freigestellt werden, ihre Rentenanswartschaften zu teilen.

**(5) Die Verbesserung der ergänzenden privaten und betrieblichen Vorsorge** ist besonders im Sinne der jungen Generation eine Chance. Die steuerlichen Rahmenbedingungen spielen dabei eine zentrale Rolle. Vorsorgebeiträge sollen von der Besteuerung freigestellt werden. Hierzu zählen die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung wie auch betriebliche und private Aufwendungen für die Vorsorge. Die steuerliche Begünstigung sollte in der Höhe begrenzt werden, sie sollte die Höhe der Beiträge, die bei einer Versicherung an der Beitragsbemessungsgrenze entrichtet werden, nicht überschreiten. Die betriebliche und private Vorsorge sollte ebenfalls durch den Ausbau und die Anerkennung neuer Formen der Altersvorsorge (Pensionsfonds) gestärkt werden. Dies wird insbesondere Beschäftigten in kleineren und mittleren Betrieben zugute kommen.



**Dr. Thea Dückert**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bundeshaus  
Dr. Thea Dückert  
Bundeshaus HT 403  
53113 Bonn  
Tel: (0228) 16-81547  
Fax: (0228) 16-86515  
Thea.dueckert@mdb.bundestag.dbp.de

Bonn, den 20. April 1999

## Grüne Eckpunkte zur Rentenreform - Die Altersvorsorge der Zukunft

### 1. Ziele der Rentenreform

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind im Wandel. Nur durch eine *umfassende Rentenreform* kann die Altersvorsorge auf die Herausforderungen der Zukunft eingestellt werden.

- Die Lebenserwartung der Menschen steigt von Jahr zu Jahr. Die Rentnerinnen und Rentner profitieren von dieser positiven Entwicklung durch längere Rentenlaufzeiten. Ein Ziel der Rentenreform muß es sein, die *Kosten des demographischen Wandels gerecht zwischen allen Generationen zu verteilen.*
- Die *Stabilisierung der Beiträge ist im Sinne der jungen Generation und der Beschäftigungsentwicklung* ein wichtiges Ziel der Reform.
- Die Bedingungen der Erwerbsarbeit und die Anforderungen der Arbeitswelt haben sich erheblich verändert. Verlängerte Ausbildungszeiten, höhere Mobilität und Flexibilität werden selbstverständlich erwartet. Arbeitszeitverkürzung, Teilzeitarbeit und Unterbrechungen der Erwerbsarbeit werden immer häufiger. *Eine moderne Rentenversicherung muß den Umbrüchen in der Arbeitswelt und in den Familien Rechnung tragen.* Armut im Alter muß auch für die junge Generation sicher vermieden werden.
- Schon lange gibt es gravierende Mängel in der Altersversorgung von Frauen, die mit ihren Lebens- und Erwerbsverläufen häufig keinen hinreichenden eigenständigen Rentenanspruch aufbauen können. *Eine eigenständige Alterssicherung für Frauen ist ein eigenständiges Ziel der Reform.*
- Die *zusätzlichen Säulen der Altersvorsorge*, insbesondere die private Vorsorge, Betriebsrenten und Pensionsfonds können die gesetzliche Rentenversicherung flankieren und *sollten gestärkt werden.* Ein Teilkapitalstock kann die demographisch schwierigsten Zeiten zwischen den Jahren 2020 und 2030 finanziell abfedern.
- Auf die Folgen der neuen Urteile des Bundesverfassungsgerichtes muß die Rentenversicherung vorbereitet werden.* Konkrete inhaltliche Lösungsvorschläge sind allerdings erst möglich, wenn alle Urteile vorliegen und der Familienlastenausgleich neu geregelt ist.
- Auch die *Harmonisierung der verschiedenen Systeme der Alterssicherung* wird eine zukünftige Aufgabe sein.
- Zu berücksichtigen ist, daß Regelungen zum Vorruhestand lediglich ein eingeschränkt wirkendes arbeitsmarktpolitisches Instrument sind und die Finanzierung der Renten erschweren.

**halb ist es notwendig, neue Methoden zur Berücksichtigung veränderter Erwerbsbiographien einzuführen. Antworten sind:**

- Neue pauschalierte Beitragszeiten für Ausbildung und lebenslange Weiterbildung, aber auch eine
- bessere Absicherung von Teilzeitarbeit.

Die Altersvorsorge muß Armut wirksam vermeiden. Es ist mithin auch erforderlich, Vollzeiterwerbstätige mit niedrigen Einkommen vor Altersarmut zu schützen. Für diese zusätzlichen, arbeitsmarktpolitisch begründeten Anforderungen an die Rentenversicherung müssen sachgerechte Lösungen für die Finanzierung der Beiträge entwickelt werden. Es ist denkbar, hier steuerfinanzierte Zuschüsse auch aus der Bundesanstalt für Arbeit einzubeziehen. Auch im Bündnis für Arbeit können neue Finanzierungsformen entwickelt werden.

**(3) Neue Formen der Leistungsbewertung** können negative Auswirkungen von lückenhaften oder schlechten Beitragszeiten abschwächen.

Dafür gibt es unterschiedliche Ansätze, deren Auswirkungen sorgfältig zu prüfen sind. Das grüne Modell der 40 "besten" Jahre bezieht sich auf einen belegungsfähigen Gesamtzeitraum von 49 Jahren. Durch die Anrechnung der 40 besten Jahre wird die Bedeutung von rentenrechtlichen Lücken eingeschränkt. Auch andere Ansätze für die flexible Anrechnung von beitragschwachen Zeiten (Modell der BfA) greifen die Veränderungen im Arbeitsleben auf. Bei der Rentenreform wird es darum gehen, in einem Gesamtkonzept die Wagnisse des Lebenslaufes und der Arbeitskarriere besser abzusichern und dennoch dem Lebensverdienst eine wichtige Rolle zu erhalten.

**(4) Für eine eigenständige Alterssicherung von Frauen** sind die bessere Absicherung von unsteten Erwerbsbiographien, von Teilzeit, Kindererziehung und Pflege ein wichtiger Beitrag. Für Frauen (mit Kindern), die auf diese Weise Anwartschaften aufbauen, wird die Hinterbliebenenrente entbehrlich. In der Rentenversicherung der Zukunft sollten Berufstätige, Kindererziehung und Pflege zu ausreichenden eigenständigen Rentenansprüchen führen - dies würde die abgeleitete Witwenrente überflüssig machen. Das entspricht den Orientierungen der jungen Generation.

Es geht hier um zukünftige Umstellungen in der abgeleiteten Versorgung, die Witwen im Ruhestand oder mit Vertrauensschutz nicht betreffen. Allen Paaren muß es freigestellt werden, ihre Rentenanswartschaften zu teilen.

**(5) Die Verbesserung der ergänzenden privaten und betrieblichen Vorsorge** ist besonders im Sinne der jungen Generation eine Chance. Die steuerlichen Rahmenbedingungen spielen dabei eine zentrale Rolle. Vorsorgebeiträge sollen von der Besteuerung freigestellt werden. Hierzu zählen die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung wie auch betriebliche und private Aufwendungen für die Vorsorge. Die steuerliche Begünstigung sollte in der Höhe begrenzt werden, sie sollte die Höhe der Beiträge, die bei einer Versicherung an der Beitragsbemessungsgrenze entrichtet werden, nicht überschreiten. Die betriebliche und private Vorsorge sollte ebenfalls durch den Ausbau und die Anerkennung neuer Formen der Altersvorsorge (Pensionsfonds) gestärkt werden. Dies wird insbesondere Beschäftigten in kleineren und mittleren Betrieben zugute kommen.

## **Den Knoten im Bündnis für Arbeit aufknüpfen, Beschäftigungspotentiale im Dienstleistungssektor nutzen, 500000 neue Jobs schaffen**

Das Bündnis für Arbeit ist ein langfristiges Projekt. Die Erfahrungen in den Niederlanden zeigen, daß erst durch einen stetigen Dialog zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber dauerhafte Erfolge auf dem Arbeitsmarkt erzielt werden können. Mit der Benchmarkinggruppe, der Steuerungsgruppe und den Facharbeitskreisen hat sich das Bündnis für Arbeit eine leistungsfähige Struktur zur Analyse und Konzeptionsentwicklung geschaffen.

Allerdings gilt auch für das Bündnis für Arbeit: Das Rad muß nicht zweimal erfunden werden. Schon lange gibt es in der Bundesrepublik einen Konsens darüber, daß die Arbeitsmarktentwicklung drei herausragende Probleme aufweist:

1. Bleibt die Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungssektor unterhalb der Beschäftigungspotentiale;
2. Wächst der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Arbeitslosigkeit beständig an;
3. Ist die Vermittlungsleistung der Arbeitsämter unbefriedigend.

Für alle Probleme liegen verschiedene Konzepte vor, die darauf abzielen das brachliegende Beschäftigungspotential zu erschließen. Den Vorschlägen ist gemein, daß sie den Übergang von der Arbeitslosigkeit in den ersten Arbeitsmarkt flexibler gestalten wollen. Der Streit entbrennt um die Wirksamkeit und die unbeabsichtigten Nebeneffekte. Bündnis 90/Die Grünen finden, jedes Modell, daß Menschen eine realistische Erwerbsperspektive bietet, ist es wert, erprobt zu werden. Deshalb bedauern wir es, daß der Vorschlag von Streek/Heinze, der der Benchmarking-Gruppe im Bündnis für Arbeit vorgestellt wurde, dazu genutzt wurde, um solchen Ideen eine generelle Absage zu erteilen. Wir finden die Zeit der wechselseitigen Kritik zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften am Modell des anderen ist vorüber, die Zeit zum Handeln ist gekommen. Das Bündnis für Arbeit braucht ein deutliches Signal.

Angesichts der Effektivität und Effizienz der bisherigen aktiven Arbeitsmarktpolitik sind die Chancen hoch, durch das Erproben neuer Wege wieder mehr Menschen als bisher in Arbeit zu bringen. Bislang geben der Bund sowie die Bundesanstalt für Arbeit 137,5 Milliarden Mark pro Jahr zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit und für Arbeitsförderung (40 Mrd. DM) aus, ohne daß es bislang hinreichend gelungen ist, Einstiege in den ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“ ist eine richtige Leitlinie - bislang ist sie erst unzureichend eingelöst. Zu oft wechseln die Menschen von einer Fördermaßnahme in die nächste, zu selten gelingt der Sprung auf den ersten Arbeitsmarkt. Das wollen wir ändern. Die Senkung der Arbeitslosigkeit ist das prioritäre Ziel der Regierung Schröder/Fischer. Neben der Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingung ist eine flexiblere Arbeitsmarktpolitik der Schlüssel zur Erreichung dieses Ziels.

Bündnis 90/Die Grünen wollen weg von der öffentlichen Verwaltung von Arbeitslosigkeit hin zu mehr Wettbewerb um die Beschaffung von Arbeit. Wir brauchen dynamische Beschäftigungsverhältnisse, die den Übergang von der Arbeitslosigkeit in den ersten Arbeitsmarkt erleichtern. Bislang treffen statische Transferleistungen auf einen immer dynamischer werdenden Arbeitsmarkt. Zu oft bleiben so Beschäftigungschancen ungenutzt. Dynamische Beschäftigungsverhältnisse hingegen kombinieren staatliche Transferzahlungen mit Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt. Sie sind Sprungbrett in statt Rutschbahn aus dem Arbeitsmarkt. Aus unserer Sicht gibt es keinen Königsweg um aus der bisherigen

Teilzeitarbeitsplätze und steigern die Einnahmen für die Sozialversicherungen. Damit wird ein weiterer Weg beschritten, der dazu beitragen kann die Steuer- und Abgabenlast insgesamt zu verringern.

### **3) Modernisierung der Arbeitsvermittlung**

Durch eine wiedereingliederungsorientierte Arbeitsvermittlung sollen Langzeitarbeitslose und arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger wieder in Beschäftigung integriert werden. Die Arbeits- und Sozialämter beauftragen hierzu Vermittlungsbüros. Diese Firmen gehen bei potentiellen Arbeitgebern „Klinkenputzen“, da viele offene Stellen (etwa 70 %) weder den Arbeitsämtern gemeldet noch über Inserate angeboten werden. Dieser Vorschlag knüpft an entsprechende Erfahrungen in Holland an, wo mittels des Vermittlungsbüros MAATWERK, sogenannte schwervermittelbare Arbeitslose wieder in reguläre Beschäftigung vermittelt werden konnten. Die Sozial- und die Arbeitsämter schicken arbeitsfähige Antragsteller auf Sozial- bzw. Arbeitslosenhilfe im Rahmen des Modellversuchs sofort in solche Vermittlungsbüros. Wenn ein Arbeitslosenhilfe- bzw. Sozialhilfeempfänger länger als 6 Monate in der neuen Stelle war, zahlt das Arbeits- bzw. Sozialamt dem Vermittlungsbüro pro Vermitteltem 4.000,- DM. Diese Ausgabe rechnet sich für die Sozial- und Arbeitsämter nach max. 3-4 Monaten.

### **4) Aktivierung der Beschäftigungspotentiale im Dienstleistungssektor (Streeck/Heinze-Modell)**

Wir verstehen die Zweifel, die von Gewerkschaften und Arbeitgebern an der Einführung eines generellen Niedriglohnsektors geäußert werden. Allerdings bietet der Vorschlag von Streeck/Heinze an die Benchmarking-Gruppe des Bündnisses für Arbeit auch Chancen für mehr Beschäftigung, die wir nicht in den Bedenken untergehen lassen wollen. Konkret haben sie vorgeschlagen, Arbeitseinkommen unterhalb des steuerfreien Existenzminimums von Sozialabgaben freizustellen, und oberhalb dieser Freigrenze (die derzeit bei 1.500 DM/Monat bzw. 18.000 DM/Jahr läge) einen progressiven Tarif einzuführen, der erst beim Doppelten des Freibetrages (3000 DM/Monat bzw. 36.000 DM/Jahr) in den linearen Tarif übergeht. Ein Modellversuch hält etwaig auftretende ungewollte Nebeneffekte in Grenzen und erlaubt eine realistische Abschätzung der aktivierbaren Beschäftigungspotentiale im Dienstleistungssektor.

**Betreff: PM 0262/99 (Gute Grundlage fuer notwendige Modernisierungsdebatte)**

**Datum: Fri, 11 Jun 1999 11:11:02 +0200**

**Von: mailservice@mail.gruenebt.de (Mailservice Fraktion B90/Gruene)**

**An: 'Mailing Liste PM' <pressemittelungen@mail.gruenebt.de>**

PRESSEMITTEILUNG

NR. 0262/99

Datum: 11.06.1999

Gute Grundlage fuer notwendige Modernisierungsdebatte

Zu dem Positionspapier von Tony Blair und Gerhard Schroeder erklart Margareta Wolf, Wirtschaftspolitikerin und Mitglied im Fraktionsvorstand:

Wir begruessen das Positionspapier der beiden Regierungschefs. Es kommt zur richtigen Zeit und ist eine gute Grundlage, um ueber Modernisierungs- und Umbaustراتيجien zu diskutieren.

Die Erwartungen der Oeffentlichkeit an die Reformfaehigkeit der Regierung sind hoch. Politik muss sich an den neuen Problemen und Anforderungen einer globalisierten Welt orientieren. Das ist die berechnigte Erwartung der Waehlerinnen und Waehler.

Wir haben ein grosses Interesse an einer gesamtgesellschaftlich gefuehrten Debatte ueber die Herausforderungen der Moderne, kein Interesse haben wir an kleinkarierten Ideologiedebatten.

Zentral in der Debatte ist fuer uns, dass eine Politik der Modernisierung sich an der Zusammenfuehrung von Flexibilitaet und Solidaritaet orientieren muss. Der Dialog ueber die Zukunftsfahigkeit des Sozialstaates selbst kann einen neuen gesellschaftlichen Konsens initiieren, einen Konsens, der Sozialstaat im Sinne von Armutsverminderung, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung definiert. Der Sozialstaat zeitgenoessischer Praegung belastet den Faktor Arbeit und schafft dadurch Arbeitslosigkeit. Die Gesellschaft altert, in der Informationsgesellschaft entstehen neue Arbeitsformen, die Grundlage der Renten- und Krankenversicherung waekelt. Selbstaendigkeit konkurriert mit Vollzeitjobs, die die Finanzierungsgrundlage des Sozialsystems sind. Wir wollen deutlich machen, dass Gerechtigkeit nicht als verteilende, sondern als teilhabende Gerechtigkeit mit allen Chancen und Risiken zu verstehen ist.

Wir wollen deutlich machen, dass wir den Sozialstaat in Kommunikation mit der Gesellschaft grundlegend ueberdenken muessen. Wir wissen, dass die Linderung von Armut nicht primaer durch Umverteilung im klassisch linken Sinne gelindert werden konnte, die Verringerung von Armut konnte deshalb erreicht werden, weil der Reichtum allgemein zugenommen hat. Diese Strategie steht bei abnehmenden Wachstumsraten nicht mehr verlaesslich zur Verfuegung. Zentrale Aufgabe von Sozialpolitik ist, die Armut zu verringern und die gesellschaftliche Teilhabe als Buergerrecht auszubauen.

Zentrale Aufgabe ist, die Massnahmen zur Eigenvorsorge auszuweiten. Die unumgaengliche Reform der Alterssicherung darf nicht mit einem Beitragsanstieg einhergehen. Vielmehr muss es Ziel sein, die Beitrage dauerhaft zu senken. Um den Lebensstandard zukuenftiger Generationen zu sichern, ist es absolut zwingend, die beiden anderen Saehlen der

Alterssicherung, die private und betriebliche Altersvorsorge, spuerbar zu staerken. So kann das Vertrauen in unseren Sozialstaat durch Staerkung der Eigenverantwortung restrukturiert werden.

Wir befinden uns im Uebergang von der Industriegesellschaft hin zur Dienstleistungsgesellschaft in einer Welt der globalisierten Finanzmaerkte. Der Kern der bundesdeutschen Wirtschaft sind die kleinen und mittleren Unternehmen, zunehmend die Miniunternehmen. Diese Unternehmen schaffen zukunftsfaehige Arbeitsplaetze, sie praegen die Dienstleistungsgesellschaft der Zukunft, sie sind der Garant fuer Wachstum und Wettbewerbsfaehigkeit unseres Landes. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafuer schaffen, dass der Know-How-Transfer zwischen Forschungseinrichtungen und Universitaeten und der Wirtschaft beschleunigt wird. Bildungspolitik muss den Flexibilitaetsanforderungen unserer postindustriellen Patchworkgesellschaft gerecht werden.

Politik muss Buerokratie abbauen, um Freiheit zu ermoeeglichen, um eine neue Kultur der Selbstaeendigkeit zu ermoeeglichen. Neben der dringenden Reform der oeffentlichen Verwaltung ist moderne Politik gefordert, gesetzliche Buerokratie (wie z.B. die Handwerksordnung, das vorlaeufige Gesetz zur Organisation der Industrie- und Handelskammern mit ihrem Zwangsmitgliedschaftscharakter sowie die Verfasstheit der Berufsgenossenschaften wie sie im SGB IV geregelt sind) auf den Pruefstand zu stellen. Diese Gesetze sind fuer viele europaeische Unternehmen ein Ansiedelungshindernis und fuer viele junge Existenzgruender nicht nur ein Aergernis, sondern schrecken auch kreative Gruender ab.

Wir freuen uns auf die Auseinandersetzung ueber den Weg nach vorne.

Bundestagsfraktion Buendnis 90/Die Gruenen  
Pressestelle  
Hochhaus Tulpenfeld 1408  
53113 Bonn  
Telefon: 0228/16-4 72 12/4 72 13  
Fax: 0228/16 4 69 62  
E-Mail: presse@gruenebt.de

Bei technischen Fragen und Anregungen : webmaster@gruenebt.de

# IAB kurzbericht

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit



Nr. 3 / 7.5.1999

## Kann der harte Kern der Arbeitslosigkeit durch einen Niedriglohnsektor aufgelöst werden?

### Eine Analyse der Arbeitslosen nach Verweildauer und Reintegration

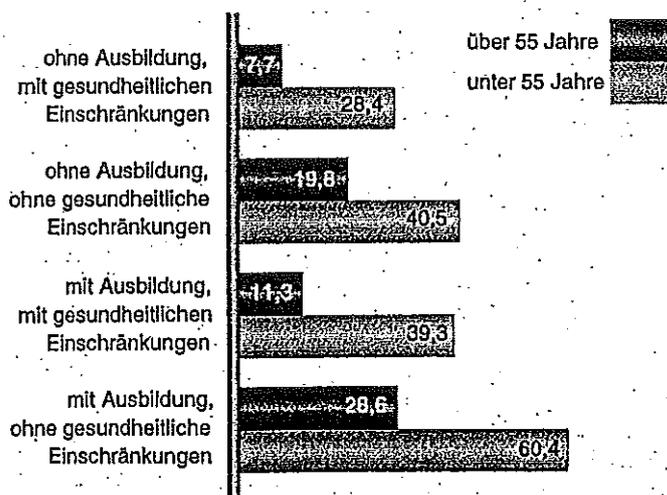
#### In aller Kürze

- Mit einem Niedriglohnsektor soll die Arbeitslosigkeit kurzfristig und spürbar abgebaut werden. Gedacht ist hierbei vor allem an – subventionierte – Einfacharbeitsplätze in personennahen Dienstleistungsbereichen.
- Damit soll insbesondere gering qualifizierten Arbeitslosen, die als schwer vermittelbar gelten, eine Beschäftigungsperspektive eröffnet werden.
- Besonders schwer vermittelbar sind aber ältere Arbeitslose über 55 Jahre – ob mit oder ohne Qualifikation. Ihre Arbeitslosigkeit dauert denn auch besonders lange und nur sehr wenige beenden sie, indem sie anschließend wieder Arbeit finden (vgl. Graphik).
- Bei niedrigentlohnten Arbeiten – z.B. im Handel, im Hotel- und Gaststättengewerbe oder in der Landwirtschaft – ist oft zwar keine nennenswerte Qualifikation, sehr wohl aber eine gewisse körperliche Fitness gefragt. Diese kann gerade von älteren Arbeitnehmern nicht immer erwartet werden.
- Ein Niedriglohnsektor ist deshalb kurzfristig kaum geeignet, für eine spürbare Entlastung im verfestigten Segment der Arbeitslosigkeit zu sorgen.
- Die Erschließung eines öffentlich gestützten Niedriglohnsektors für gering qualifizierte bedarf einer anderen und längeren Perspektive.

*Auch fehlende Qualifikation und gesundheitliche Einschränkungen erschweren die Vermittlung von Arbeitslosen in Arbeit. Am schwersten jedoch wiegt das Alter: In allen Merkmalskombinationen – ob mit oder ohne Ausbildung, mit oder ohne gesundheitliche Einschränkungen – schneiden ältere Arbeitslose (hier: über 55 Jahre) erheblich schlechter ab als jüngere. Sogar von den qualifizierten und gesunden Älteren finden nur knapp 29 % wieder eine Arbeit (vgl. Graphik).*

#### Abgänge aus Arbeitslosigkeit in Arbeit

- Personen in Prozent -



# Kann der harte Kern der Arbeitslosigkeit durch einen Niedriglohnsektor aufgelöst werden?

## Eine Analyse der Arbeitslosen nach Verweildauer und Reintegration

### Niedriglohnsektor und Abbau der Arbeitslosigkeit

Zur Verringerung der Arbeitslosigkeit in Deutschland wird seit einiger Zeit auch immer wieder die Schaffung oder Ausweitung eines Niedriglohnsektors diskutiert. Dabei wird - zur Vermeidung unerwünschter „working poor“-Effekte und zur Wahrung des Lohnabstandsgebots - in aller Regel von einer Subventionierung dieser Einkommen ausgegangen. Unter den Termini „negative Einkommenssteuer“ oder „Kombilöhne“ in verschiedenen Varianten sind solche Modelle bekannt.<sup>1</sup>

Die damit verbundenen Zielsetzungen haben unterschiedliche Schwerpunkte:

- Mit niedrigen Löhnen sollen **zusätzliche** Arbeitsplätze geschaffen werden, die nur unter dieser Bedingung angeboten werden. Mit dem Kombi-Element sollen working poor Effekte vermieden werden.
- Bei Beziehern von Transferleistungen wird ein Anreiz zur Arbeitsaufnahme angestrebt, der bei einer vollen Anrechnung von Einkommen auf diese Leistungen nicht vorhanden ist (Zusätzlichkeit der Arbeitsplätze wird hier in der Regel nicht unterstellt oder erwartet).

Die Diskussion um subventionierten Niedriglohn (bzw. Kombilohn) befaßt sich oft mit ordnungspolitischen Fragen, vorwiegend aber mit den verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten, insbesondere dem Verhindern von Mitnahmeeffekten bei allen Beteiligten. Im Hinblick darauf, wer auf diesen Arbeitsplätzen arbeiten soll,

werden in erster Linie gering qualifizierte Erwerbspersonen, insbesondere gering qualifizierte Arbeitslose genannt.

Tatsächlich erlangt das Problem der Beschäftigung gering qualifizierter Erwerbspersonen zunehmende Bedeutung: Die Arbeitslosenquote dieser Gruppe lag 1997 bei 24 %. Die Nachfrage nach Geringqualifizierten wird von 1995 bis 2010 um 1,5 Mio zurückgehen und dann nur noch einen Anteil von 11,4 % ausmachen (alle Zahlen für Westdeutschland). Für die Lösung dieses mittel- und längerfristigen Problems wird die Erschließung eines Niedriglohnsektors in Verbindung mit Sozialtransfers wohl weiterhin erörtert werden müssen.

Hier soll jedoch die öffentliche Diskussion insofern aufgenommen werden, als nur nach der Möglichkeit eines kurzfristigen Beitrags dieses Instrumentariums zum Abbau des verhärteten Kerns der Arbeitslosigkeit gefragt wird. Wo also könnten oder sollten Arbeitsplätze entstehen, von denen man dies zu Recht erwarten kann?

Vermutlich geht man - der vorherrschenden Theorie folgend - davon aus, daß abgesenkte oder niedrige Löhne, in welchem Bereich auch immer, zu einer stärkeren Nachfrage nach Arbeit führen werden (ganz allgemein und in der langen Frist sind solche Effekte natürlich auch zu erwarten).

In der Diskussion kaum beachtet wird allerdings, daß das zielgruppenorientierte Instrumentarium des früheren AFG und des heutigen SGB III bereits verschiedene Formen der Lohnsubventionierung enthalten, z. B. die Lohnkostenzuschüsse, den Einarbeitungszuschuß oder die Eingliederungsbeihilfe (heute: Eingliederungszuschüsse). Die damit erzielten Resultate waren aber eher mäßig: Sie werden nur wenig in Anspruch genommen. Überwiegend kann nicht unterstellt werden, daß es sich um zusätzliche Arbeitsplätze handelt.<sup>2</sup>

Dies mag zum einen darauf zurückzuführen sein, daß solche Zuschüsse zeitlich befristet sind: Es soll die anfängliche Minderleistung eines Geförderten ausgeglichen werden. Der Kombilohn dagegen ist in der Regel als Dauersubvention gedacht. Zum anderen könnte die Beschrän-

<sup>1</sup> Walwei, Ulrich: Möglichkeiten und Grenzen der Schaffung eines Niedriglohnsektors; IAB-Werkstattbericht Nr. 5 vom 25.05.98

Autorengemeinschaft: IAB-AGENDA 98. Wissenschaftliche Befunde und Empfehlungen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik; IAB-Werkstattbericht Nr. 10 vom 28.09.98

<sup>2</sup> Martin, John P.: What works among active labour market Policies: Evidence from OECD countries' experiences; Occasional papers No. 35, 1.10.98

Fay, Robert G.: Making the public employment service more effective through the introduction of market signals; OECD, Occasional papers No. 25/97

Fay, Robert G.: Enhancing the effectiveness of active labour market policies: Evidence from programme evaluations in OECD countries. OECD, Occasional papers No. 18/96

kung des Instrumenteneinsatzes auf Zielgruppen, also im allgemeinen auf schwer vermittelbare Arbeitslose<sup>3</sup> oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen, die Attraktivität der Instrumente verringert haben.

Gegen das letztgenannte Argument läßt sich aber einwenden, daß sich schwer zu vermittelnde Arbeitslose ja gerade durch die längere Dauer ihrer Eingliederung in den Arbeitsmarkt von anderen unterscheiden - soweit diese überhaupt noch möglich ist. Wo schwere Eingliederungsprobleme nicht vorliegen, eine Integration also nach durchschnittlichen Verweildauern in Arbeitslosigkeit gelingt, bedarf es also auch keiner zusätzlichen Hilfen und natürlich auch keines Niedriglohnbereiches. Dieser muß auf schwer zu vermittelnde Arbeitslose ausgerichtet sein.

Wenn nun aber die bisherigen Erfahrungen mit (zeitlich befristeter) Lohnsubventionierung weder im Hinblick auf beachtenswerte Wiedereingliederungen noch zur deutlichen Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes besonders ermutigend sind, so ist zu fragen, worin sich ein Niedriglohnsektor (mit Kombielementen) von der bisherigen Praxis unterscheiden muß. Dies läßt sich nicht einfach ableiten: Die Umwandlung von befristeter Subvention in eine Dauersubvention (unter Beibehaltung der Zielgruppenorientierung) könnte theoretisch in fast allen Wirtschaftszweigen zu zusätzlicher Nachfrage nach Arbeitskräften führen. Ob dies in einem Hochlohnland wie Deutschland mit seinen exportorientierten Qualitätsprodukten auch so eintreten würde, ist eher fraglich. In der langen Frist würde sich vielleicht der Abbau einfacher Arbeitsplätze ins-

besondere im verarbeitenden Gewerbe verzögern lassen.

Die Diskussion in diesem Bereich zielt auch weniger auf den gewerblichen Bereich (wo sie eher unter dem Stichwort „Lohnspreizung“ geführt wird) als vielmehr, auch mit dem Blick ins Ausland, auf den bei uns unterentwickelten Bereich personennaher Dienstleistungen, z.B. im Handel, dem Hotel- und Gast-

stättengewerbe und in privaten Haushalten, oder aber auch auf Beschäftigungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft.

Zuvor ist aber zu klären, ob solche Arbeitsplätze, die vermutlich wirklich nur eine geringe Qualifikation der dort Beschäftigten erfordern, mit den Arbeitslosen besetzt werden können, die seit Jahren den Arbeitslosenbestand prägen.

## Schwervermittelbare Arbeitslose

An dieser Stelle erscheinen einige Anmerkungen notwendig, die die Vermittlungs- und Eingliederungschancen der sogenannten „Bestandsarbeitslosen“ erhellen. Die Arbeitslosigkeit teilt sich schon seit längeren Jahren in ein fluktuierendes, aber ständig kleiner werdendes Segment und ein immer noch zunehmendes Segment mit beachtlicher Verhärtung. Man kann dies an zwei Tatbeständen messen: zum einen an der Dauer der Arbeitslosigkeit, deren Spreizung immer größer geworden ist und zum anderen an der Art, wie Arbeitslosigkeit beendet wird. Als „adäquat“ würde man dabei die Aufnahme einer Beschäftigung bezeichnen. Der Anteil derer, die aus Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit münden, ist in den letzten Jahren immer kleiner geworden.

Einige Zahlen mögen beide Sachverhalte verdeutlichen:

### Übersicht 1

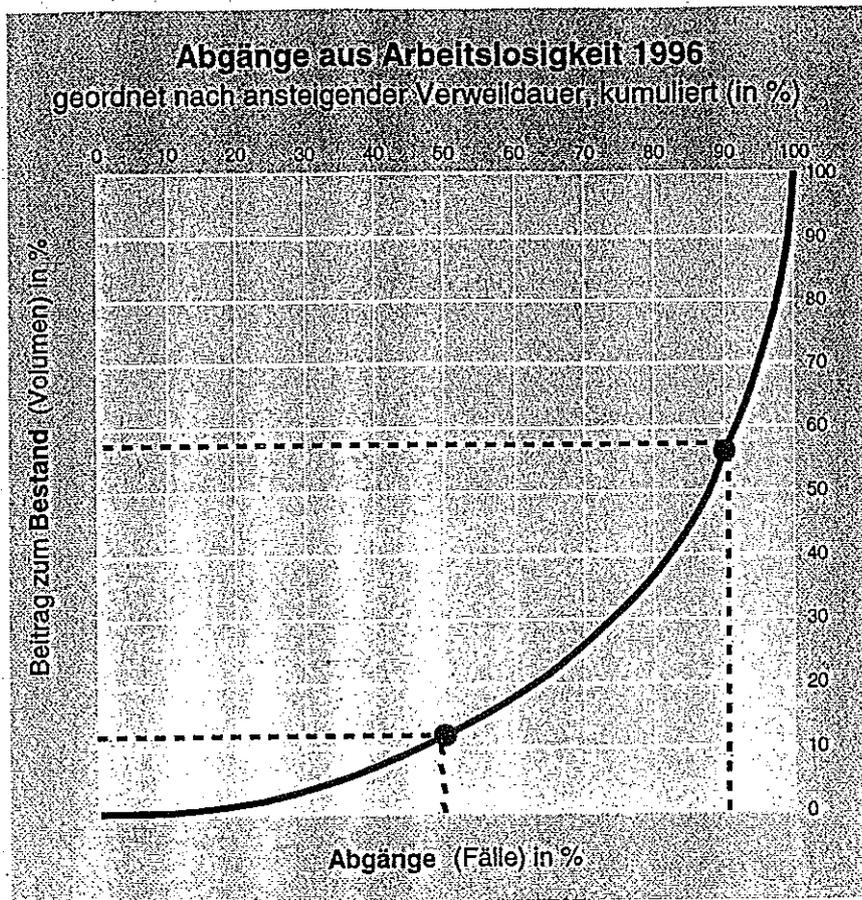
Arbeitslose im Zugang und Bestand 1996			
Zugänge (= Abgänge) geordnet nach aufsteigender Verweildauer	Verweildauer (Wochen)		Bestands- wirkung (dauergerichtete Abgänge) in %
	durch- schnittlich	maximal bis	
unter 50 %	7,5	16,6	11,5
50 % bis 90 %	34,1	73,5	41,8
90 % bis 100 %	144,5	≈ 6 Jahre	46,7

<sup>3</sup> Unter schwer vermittelbaren Arbeitslosen werden hier z. B. die förderungsbedürftigen Arbeitnehmer des § 217 SGB III bzw. die in den §§ 54, 62d und 97 AFG genannten verstanden.

schnittlichen Verweildauer) mit ca. 42% wieder.

Hier finden sich bereits viele Personen, die wegen ihres Alters, ihrer geringen Qualifikation oder aus anderen Gründen in der „Warteschlange“ nach hinten geraten. Bei der maximalen Verweildauer in diesem Segment von ca. 74 Wochen (durchschnittliche Verweildauer: 34,1 Wochen) werden viele davon schon zu Langzeitarbeitslosen.

Wenig bekannt ist schließlich, daß lediglich 10% der Personen, die arbeitslos werden, den Bestand nachhaltig prägen. Sie sind im Durchschnitt fast 3 Jahre arbeitslos, im Einzelfall auch deutlich länger. Im Bestand schlagen sie sich mit 46,7% nieder, also fast der Hälfte aller Bestandsarbeitslosen. Die Zusammenhänge lassen sich mit der nebenstehenden Graphik verdeutlichen.



Übersicht 2

Abgangsstruktur der Arbeitslosen 1988 bis 1997		
Abgänger aus Arbeitslosigkeit in Arbeit (Anteile in %)		
Jahr	aus Kohorten <sup>1)</sup>	aus dem Bestand <sup>2)</sup>
1988	67,8	53,0
1989	59,2	47,9
1990	53,8	39,3
1991	48,8	34,3
1992	39,7	25,2
1993	41,6	25,9
1994	44,3	32,1
1995	41,1	28,1
1996	45,9	34,6
1997	47,6	34,8

Abgänge aus Arbeitslosigkeit in Arbeit in einer Periode

<sup>1)</sup>Anteil =  $\frac{\text{alle Abgänge aus Arbeitslosigkeit in dieser Periode}}{\text{Bestandsarbeitslose zum Zeitpunkt t, die in Arbeit einmünden}}$

<sup>2)</sup>Anteil =  $\frac{\text{Arbeitslosenbestand zum Zeitpunkt t}}{\text{Bestandsarbeitslose zum Zeitpunkt t}}$

Genauso ernüchternd sind die Zahlen zur adäquaten Beendigung der Arbeitslosigkeit.

Übersicht 2 zeigt die Prozentanteile der Arbeitslosen, welche die Arbeitslosigkeit mit einer Arbeitsaufnahme beenden. Bei der Kohortenanalyse werden die Abgänge eines Zeitraumes, z.B. eines Monats, betrachtet. Bei der Bestandsbetrachtung handelt es sich um die Arbeitslosen eines Stichtages. Wie man sieht, münden schon seit Jahren weniger als die Hälfte aller Arbeitslosen in Arbeit ein. Besonders niedrig sind die Anteile beim Arbeitslosenbestand, also bei der uns allen geläufigen Größe von über 4 Mio. Arbeitslosen an einem Stichtag. Davon münden gegenwärtig etwa 35 %, also ein gutes Drittel, in eine Erwerbstätigkeit ein. Rund 65 % verlassen den Status „Arbeitslosigkeit“ aus anderen Gründen.

Nun sind das alles Durchschnittszahlen, hinter denen sich - bei gegebener

Arbeitsmarktsituation - Personengruppen mit ganz verschiedenen Vermittlungs- oder Wiedereingliederungschancen verbergen. Sie werden sich für eine jüngere, qualifizierte und gesunde Person anders darstellen als für gering Qualifizierte oder Ältere oder für solche, bei denen mehrere erschwerende Eigenschaften zusammentreffen. In Übersicht 3 auf Seite 6 sind solche (disjunkte) Personengruppen dargestellt.

Auch hier ist wieder zwischen den Abgangskohorten, in denen die „besseren Risiken“ stärker vertreten sind, und den verhärteten Beständen zu unterscheiden.

Bereits bei der Abgangskohorte sieht man, daß je nach Merkmalsgruppe die Einmündungen in Arbeit sehr unterschiedlich sind. Sie reichen von 7,7 % bei Älteren ohne Ausbildung und mit gesundheitlichen Handicaps bis zu 60,4 % bei jüngeren, qualifizierten und gesunden Arbeitslosen. Bemerkenswert und hervor-

zuheben ist, daß bei allen Kategorien, in denen sich ältere Arbeitslose befinden, eine Einmündung in Arbeit besonders selten (und aus dem Bestand heraus kaum noch zu erwarten) ist. Bemerkenswert ist auch, daß eine fehlende Ausbildung allein die Wiedereingliederung weniger tangiert als häufig erwartet.

Erwartungsgemäß sind die Abgangsraten in Arbeit bei den Arbeitslosen aus einem Stichtagsbestand noch deutlich niedriger: Sie reichen hier von gerade mal gut 4 % bei den Mehrfachbeeinträchtigten bis zu ca. 50 % bei jungen, qualifizierten und gesunden Arbeitslosen.

### Eine Zwischenbilanz

Es wurde der „Umschlag“ bzw. die „Verfestigung“ der Arbeitslosen unter zwei verschiedenen Aspekten dargestellt:

- Zum einen unter dem Aspekt der Verweildauer. Danach verlassen rund 83 % der Arbeitslosen diese innerhalb eines Jahres. Sie tragen damit gut 40 % zum Arbeitslosenbestand bei. Knapp 60 % der Arbeitslosen eines Stichtages, und das sind die, über die wir normalerweise reden, werden ihre Arbeitslosigkeit also als Langzeitarbeitslose beenden (vgl. Graphik auf Seite 5).
- Zum anderen wurde gezeigt, in welchem Umfang Arbeitslose ihre Arbeitslosigkeit durch die Aufnahme einer Tätigkeit beenden: In den Abgangskohorten sind dies gegenwärtig 48 %, bei den Bestandsarbeitslosen aber nur gut ein Drittel (35 %).

Beide errechneten Größen für den Arbeitslosenbestand (40 % mit einer Dauer unter einem Jahr, 35 % mit Abgang in Arbeit) sind in den Personen nicht identisch.

Eine Definition des funktionierenden/fluktuierenden Arbeitsmarkt-

### Übersicht 3

Abgangsstruktur besonderer Personengruppen unter den Arbeitslosen 1997		
Abgänger aus Arbeitslosigkeit in Arbeit (%)		
Personengruppe	aus der Kohorte	aus dem Bestand
<b>Ältere (55 Jahre und älter)</b>		
ohne Ausbildung mit gesundheitlicher Einschränkung	7,7	4,1
ohne Ausbildung ohne gesundheitliche Einschränkung	19,8	9,1
mit Ausbildung mit gesundheitlicher Einschränkung	11,3	6,4
mit Ausbildung ohne gesundheitliche Einschränkung	28,6	15,6
<b>Jüngere (unter 55 Jahre)</b>		
ohne Ausbildung mit gesundheitlicher Einschränkung	28,4	23,2
ohne Ausbildung ohne gesundheitliche Einschränkung	40,5	36,3
mit Ausbildung mit gesundheitlicher Einschränkung	39,3	31,2
mit Ausbildung ohne gesundheitliche Einschränkung	60,4	50,5

segmentes über die kurze Dauer und die adäquate Einmündung in Arbeit würde noch zu wesentlich kleineren Anteilen führen. Sie wäre aber auch nicht sinnvoll. Unter den gegebenen Arbeitsmarktverhältnissen kann nicht erwartet und gefordert werden, daß alle von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen in kurzer Zeit wieder in Arbeit einmünden.

Unabhängig davon zeigen aber beide Betrachtungsweisen, daß sich die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren zunehmend polarisiert hat: Es gibt einen funktionierenden, aber ständig kleiner werdenden Teil mit kurzer Verweildauer oder einen Abgang in Arbeit. Für den inzwischen größeren Teil der Arbeitslosen verbindet sich dieser Status mit Langzeit-

arbeitslosigkeit oder einer Beendigung ohne Arbeitsaufnahme. Die Arbeitslosigkeit ist durch ihr jahrelang extremes Ausmaß segmentiert. Ein Teil der Arbeitslosen ist zu marktüblichen Bedingungen nicht mehr integrierbar.

Den Einfluß von Alter bzw. Qualifikation auf die Arbeitslosigkeitsdauer bzw. die Einmündungsquote in Arbeit zeigt *Übersicht 4 auf Seite 7*.

Wie man sieht, liegen bei beiden Betrachtungsweisen „Dauer der Arbeitslosigkeit“ und „Art der Beendigung“ die Älteren, ob mit oder ohne Ausbildung, in ihren bedrückend schlechten Werten viel näher beieinander als die gering Qualifizierten in der Untergliederung jün-

ger/älter. Die Verhärtung der Arbeitslosigkeit resultiert also weniger aus der geringen Qualifikation als vielmehr aus dem hohen Alter vieler Arbeitsloser.

Eine Umrechnung der Kohortenwerte auf die Bestandszahlen soll dies noch verdeutlichen.

Zwar schneiden Arbeitslose ohne Qualifikation in allen Kategorien immer schlechter ab als solche mit einer Ausbildung. Der Unterschied ist jedoch gering im Vergleich zu den durch das Alter gegebenen Problemen. Diese übertreffen bei weitem die Unterschiede in der Qualifikation.

Übersicht 4

Alter \ Qualifikation	mit Ausbildung	ohne Ausbildung
<b>Verweildauer in Arbeitslosigkeit vor Arbeitsaufnahme (Monate)</b>		
unter 55 Jahren	5,1	6,0
über 55 Jahre	8,1	8,4
<b>Beendigung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsaufnahme (Anteil in der Kohorte)</b>		
unter 55 Jahren	60,4%	40,5%
über 55 Jahre	28,6%	19,8%
<b>Erwarteter Abgang in Arbeit aus dem Bestand (Anteil), Juni 1997</b>		
unter 55 Jahren	50,1%	36,3%
über 55 Jahre	15,6%	9,1%

### Folgen für den Niedriglohnsektor

Eine im wesentlichen durch das Alter verfestigte Arbeitslosigkeit ist mit Sicherheit anders zu beurteilen als eine wegen Qualifikationsdefiziten. Dies gilt vor allem im Hinblick auf einen subventionierten Niedriglohnsektor, der diese Arbeitslosen aufnehmen soll.

Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor, ob in den personennahen Dienstleistungen oder in anderen Bereichen, benötigen sicher nur geringe (formale) Qualifikationen. Sie setzen aber häufig eine gewisse Fitneß und körperliche Einsatzfähigkeit voraus, was bei einem größeren Teil der gering Qualifizierten auch unterstellt werden kann. Allerdings werden die meisten davon Jüngere sein, die nach geringer Verweildauer in Arbeitslosigkeit auch relativ häufig wieder in eine Beschäftigung einmünden und für die man letztlich keinen Niedriglohnsektor benötigt.

Für das verfestigte Segment älterer Arbeitsloser mit oder ohne Qualifikation kann diese körperliche Einsatzfähigkeit jedoch häufig nicht mehr unterstellt werden. Arbeitsplätze mit ausschließlich oder überwiegend solchen Anforderungen könnten mit ihnen kaum besetzt werden. Das heute die Arbeitslosigkeit prägende Segment älterer Langzeitarbeitsloser, die ihre Arbeitslosigkeit weit überwiegend nicht mit der Aufnahme einer Beschäftigung beenden, ist für einen potentiellen Niedriglohnsektor deshalb kaum geeignet.

Diese Argumente sind nicht generell gegen die Etablierung eines Niedriglohnsektors gerichtet. Vielmehr sollte gezeigt werden, daß damit kurzfristig und im Hinblick auf den verfestigten Kern der Arbeitslosigkeit die gegenwärtigen Arbeitsmarktprobleme schwerlich zu lösen sind.

LESER, FACHLEUTE UND JOURNALISTEN DISKUTIEREN

# Niedriglöhne subventionieren?

■ Viele Branchen nutzen bisher die 630-Mark-Jobs als eine Art Niedriglohnsektor. Da jetzt Steuern zahlen muss, wer einen solchen Job nur als Nebenbeschäftigung ausübt, fehlen nun vielerorts die Hilfskräfte. Experten schlagen daher vor: Wer wenig verdient, soll keine Sozialabgaben bezahlen. Allerdings würde das den Staat Milliarden kosten. Soll der Bund Niedriglöhne dennoch subventionieren? Oder führt ein neuer Niedrig-

lohnsektor von neuem zu Ungerechtigkeit und Missbrauch? Durch einen subventionierten Dienstleistungssektor könnten zusätzliche Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden, so Margareta Wolf, Wirtschaftsexpertin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Für Rainer Brüderle, stellvertretender FDP-Vorsitzender im Deutschen Bundestag, sind Subventionen der falsche Weg. Er fordert, Steuern und Sozialabgaben zu senken.

## Eine Chance für Menschen mit geringer Qualifikation

■ Durch die bisherige Regelung der geringfügigen Beschäftigung bis 630 Mark sind Nebenverdienste von Arbeitnehmern, die zusätzlich über einen regulären Arbeitsplatz verfügen durch die fest angestellten sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer subventioniert worden. So ist in den letzten Jahren ein Gerechtigkeitsproblem entstanden, dem wir begegnen wollen.

Auch nach der Neuregelung werden geringfügige Beschäftigungen bis 630 Mark begünstigt, wenn sie von Arbeitnehmern übernommen werden, die keine weiteren Einkünfte erzielen - ausschließlich der Arbeitgeber zahlt Sozialversicherungsbeiträge von 22 Prozent, Steuern entfallen. Damit entspricht die Regelung dem Ansatz, im Bereich von Dienstleistungen mit geringer Produktivität, die geringe Qualifikationen erfordern, durch die Entlastung bei den Lohnnebenkosten neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Ich nehme den Protest gegen die zusätzliche Sozialversicherungspflicht der Nebenbeschäftigten ernst und plädiere für die Möglichkeit, für solche Jobs einen Freibetrag auf der Steuerkarte einzutragen. Dieser müsste von einer pau-



**PRO**  
Margareta Wolf,  
Wirtschaftsexpertin der  
Bundestagsfraktion von  
Bündnis 90/Die Grünen

schalierten Annahme über die Höhe der gesamten Jahreseinkünfte ausgehen. Ich halte es nämlich für problematisch, dass geringfügig Nebenbeschäftigte in der Regel auf Lohnsteuerklasse VI arbeiten, also die Abzüge unverhältnismäßig hoch sind.

Die sprunghaft einsetzende Sozialversicherungspflicht ab 630 Mark führt auch dazu, dass zum Beispiel 1995 im Bereich von 620 bis 1400 Mark nur 66 309 Beschäftigungsverhältnisse gezählt werden

konnten. Wir schlagen daher vor, bei den von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu entrichtenden Sozialversicherungsbeiträgen von 630 bis circa 1700 Mark degressiv zu entlasten. So werden neue Anreize für mehr Beschäftigung im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen geschaffen. Notwendig ist es, die größer gewordene Spanne zwischen brutto und netto zu verringern, um die Schwarzarbeit in diesem Bereich zu verringern und Anreize zu geben, Eigenarbeit durch bezahlte Arbeit zu ersetzen. Unser Vorschlag orientiert sich dabei nicht an den Stundenlöhnen, sondern am Gesamteinkommen der ArbeitnehmerInnen. Unser Ziel ist es, Teilzeitarbeit zu fördern.

Durch die Schaffung eines subventionierten Dienstleistungssektors können zusätzliche Arbeitsplätze für Menschen mit geringen Qualifikationen geschaffen werden. In der Industrie sind solche Arbeitsplätze in den letzten Jahren durch moderne Technologien ersetzt und weg-rationalisiert worden. Im Dienstleistungsbereich sollen neue Arbeitsplätze für die etwa eine Million Arbeitslose ohne abgeschlossene Berufsausbildung geschaffen werden.

## Nicht subventionieren, sondern Steuern und Sozialabgaben senken!

■ Der von Wissenschaftlern vorgelegte Plan, Niedrigverdiener und ihre Arbeitgeber von Sozialabgaben zu befreien, stößt zu Recht auf Widerstand von allen Seiten. Denn: Er ist nicht nur ein milliarden-schweres Subventionsprogramm, das vor dem Hintergrund leerer Kassen kaum finanzierbar sein dürfte. Er verstößt auch gegen fundamentale Prinzipien der Sozialversicherungen.

Vor allem das Prinzip, durch Beiträge Rechtsansprüche auf Leistungen zu erwerben, wird beinahe bis zur Unkenntlichkeit ausgehöhlt. Insgesamt setzt das Konzept nur an Symptomen an und schafft dadurch neue Probleme: Die Grenzziehung von steuer- und beitragsfinanzierten Sozialleistungen verwischt weiter, der Staat mischt sich in die Lohnpolitik ein, und durch die Bezuschussung bereits bestehender Arbeitsverhältnisse ist mit erheblichen Mitnahmeeffekten zu rechnen. Deutlich macht der Vorschlag zur Befreiung des Niedriglohnsektors von Sozialabgaben eines: Die Sozialabgaben sind in Deutschland viel zu hoch und damit ein Beschäftigungshemmnis erster Güte. Wer die Ursachen für mangelnde Beschäftigung im Niedriglohnbereich beseitigen will, muss an zwei Stellen ansetzen: erstens ein radikales Konzept zur Senkung von Steuern und Abgaben vorlegen und zweitens für marktgerechte Löhne eintreten. Statt Niedrigverdiener generell von Sozialabgaben zu befreien, sollte vielmehr eine andere Über-



**KONTRA**  
Rainer Brüderle,  
Stellvertretender  
Vorsitzender der  
FDP-Fraktion im  
Deutschen Bundestag

legung wieder in den Vordergrund rücken: Der Niedriglohnsektor liegt zu nahe am Arbeitslosen- und Sozialhilfeniveau.

Wenn sich heute ein Sozialhilfeempfänger etwas hinzuverdienen will, bleiben ihm nur wenige Mark von diesem Zuverdienst übrig. Deshalb fehlt für viele gering qualifizierte Sozialhilfeempfänger der Anreiz, eine Niedriglohnstätigkeit aufzunehmen. Rasen mähen, Kinder hüten, Hof kehren und Auto waschen werden somit in Schwarzarbeit erledigt. Deshalb geht es darum, Mischformen zwischen Arbeitentgelt und staatlichen Unterstützungszustimmungen besser aufeinander abzustimmen und somit reguläre Arbeitsplätze zu schaffen.

Der umfassendste Ansatz dafür ist ein Bürgergeldsystem, das sowohl für die Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit im Niedriglohnsektor als auch für ein einfaches und durchschaubares Sozialsystem steht. Es geht aber nicht darum, auf dem Rücken der Steuer- und Beitragszahler den 630-Mark-Bereich auf einen 1500-Mark-Bereich auszudehnen.

## Ausbeutung

■ Niedriglöhne sind doch nur ein Synonym für Ausbeutung. Weil einem eine Arbeit zu minderwertig erscheint und deshalb lästig ist, glauben viele Zeitgenossen, denjenigen, der sie gleichwohl (weil doch notwendig) erledigt, mit einem Taschengeld abfinden zu können.

Damit stellt sich die moralische Bewertung der Arbeitsleistung. Ist nur die Arbeit viel Geld wert, die mit großem Rationalisierungsaufwand erbracht werden kann, jene Leistung aber, die hohen persönlichen Einsatz erfordert, dagegen minderwertig? Die durch ein Höchstmaß an Rationalisierung in die Höhe getriebenen Industrielöhne können von Dienstleistern der sozialstaatlichen Fürsorge ebenso wenig erwirtschaftet werden wie von privaten Dienstleistungsunternehmen. Deshalb gibt es gerade in diesen Bereichen, in denen die geforderte Dienstleistung nach Qualität und Quantität allein vom persönlichen Einsatz jedes einzelnen Mitarbeiters abhängig ist, so viele Niedriglohn-Arbeitsverhältnisse.

Wir brauchen keine Subventionierung von Niedriglöhnen mit einem Rattenschwanz ineffektiver Verwaltungsarbeit, sondern vonnöten ist eine Neubewertung der vielfältigen Leistungen in unserer arbeitsteiligen Gesellschaft.

Günter Striwe, Langenfeld

## Kurzichtig



■ Die Vorstellung, mit der Subvention von Niedriglöhnen Beschäftigung zu fördern und zu sichern, ist sehr kurzichtig. Einerseits fehlen dann Milliarden Mark im Staatshaushalt, andererseits führt ein Niedriglohnsektor aber nur zu einer oberflächlichen Form der Beschäftigung, die allein den Lebensunterhalt nicht sichern kann. Dies entließe die Wirtschaft aus ihrer Verantwortung, angemessene und lebenssichernde Löhne zu zahlen. Die Lohndumping-Spirale würde sich eine weitere Stufe nach unten drehen. Dennoch ist unverkennbar, dass es dringend einer Reform der Finanzierung der Sozialversicherungssysteme bedarf.

Mit dem Konstrukt der Wertschöpfungsabgabe gibt es bereits seit Jahren ein sehr innovatives und zukunftsweisendes Finanzierungsmodell für die Sozialversicherungen. Danach wird der Arbeitgeberanteil nicht als Lohnzusatzkosten dem Gehalt der Beschäftigten zugerechnet, sondern orientiert sich an der Wertschöpfung des Unternehmens, während

der Arbeitnehmeranteil bleibt. In der Folge würden nehmen, die mit verhältnismäßig wenig Personal (und mehr Technik) hohe Gewinne erwirtschaften, stärker belastet - sind es sich auch leisten.

Bei Betrieben, die wenig Personal verzeichnen, aber relativ viele Menschen beschäftigen, lässt sich die Lohnzusatzkosten erheblich reduzieren. Kleine Unternehmen, Ein-Mensch-Betriebe, nativintensive Dienstleister, Werk und Mittelstand könnten völlig entlastet werden, während damit gestärkt und konkurrenzfähiger.

Demgegenüber erscheint die Subventionierung eines Niedriglohnsektors rückwärtswandig, weil damit keine tragfähige Beschäftigungssicherung vorhanden ist und die Sozialsysteme reformiert und entlastet, sondern zusätzlich belastet werden w

Peter Wolters

## Hungerlohn

■ Wer heute einzig und allein einen echten Hungerlohn von 1500 Mark erhält, bezahlt keine Sozialabgaben. Und wer einen Lohn unterhalb des Existenzminimums nach Hause bringt, ist ebenfalls von Abgaben, die er selbst zahlen hätte, befreit. Von solchen "Löhnen" kann kein Mensch leben. Doch fielen die Löhne etwas aus, schließe sofort die Steuern. Erfolg: Erneut ist es unrentabel zu arbeiten, und mancher geht vielleicht freiwillig auf Kosten des Staates nach Hause. Der Ausweg wäre ein echter Niedriglohnsektor.

Unsere Gesellschaft main an preisgünstigen Dienstleistungen und Serviceangeboten. Gerade in den USA haben hier einen enormen Vorsprung vor Europa. Wir Staat in diesem Bereich die Chance nutzen würde, einen Niedriglohnsektor bei 1500 Mark zu führen, und für die Arbeitnehmer die Sozialabgaben überwälzen. Dann hätten die Arbeitgeber einen Anreiz, mehr Dienstleistungsbereit zu stellen und zu zahlen. Der Staat hätte einige Milliarden weniger an Arbeitslosen zu zahlen. Ganz abgesehen davon, dass dann der soziale Sprung "Arbeitslosigkeit" entschärft

Wolfgang Reiche, 1

## Unsozial

■ Niedriglöhne subventionieren Auf keinen Fall. Das Gesetz zur Neuregelung der 630-Mark-Beschäftigten hat in ganz rascher Weise gezeigt, wo die Branchen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Darunter sind viele Arbeitsplätze, die bewusst weg-rationalisiert stattdessen auf 630-Mark-Jobs vergeben wurden. Die Vorteile der Arbeitgeber liegen in der Hand. Abwälzung der bis dahin zahlenden pauschalen Arbeitssteuer auf den Beschäftigten, keine Bezahlung von Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, obwohl gesetzlich vorgesehen. Keine Einhaltung von Kündigungsfristen und so fort.

Wie ist es überhaupt zu erklären, dass ein Teil der Beschäftigten für ihren gesamten Lohnbeiträge zur Sozialversicherung und die Lohnsteuer zu bezahlen hat, während ein anderer, größer werdender Teil davon schon lebt? Übersehen sollte nicht, dass auch die

**Betreff: [WiFi-Liste] Das SPD-Papier "Der Dritte Weg"**

**Datum:** Sat, 12 Jun 1999 04:55:22 +0200

**Von:** "Peter v. Hof" <P.vH@gmx.de>

**An:** "BAG WiFi (öff. Mailing-Liste)" <debatte.bag.wirtschaft@gruene.de>

Buendnis 90/DIE GRUENEN  
BAG Wirtschaft und Finanzen  
Debatte.BAG.Wirtschaft@gruene.de

## Weitergeleitete Nachricht der oeffentlichen Mailingliste  
## debatte.bag.wirtschaft@gruene.de. Die Inhalte liegen ausschließlich  
## in der Verantwortung der jeweiligen AbsenderInnen und geben nicht  
## notwendigerweise die Meinung einzelner oder aller Delegierter oder  
## SprecherInnen der BAG Wirtschaft und Finanzen wieder.

Liebe Freundinnen und Freunde,

es wird derzeit viel über das SPD-Papier "Der Dritte Weg" gesprochen, speziell im Zusammenhang mit dem "Schröder-Blair-Papier" - und es enthält Themen, die sicherlich in naher Zukunft in der Koalition erörtert werden. Die offizielle Fassung liegt zum Download auf der Homepage der SPD <http://www.spd.de> als Word-Dokument bereit.

Ebenfalls dort liegt auch der sogenannte "Schröder-Blair-Papier"

Ich habe den Text des "Der Dritte Weg" für unsere Mailingliste in eine reine Textfassung umgewandelt und in diese Mail kopiert. Das "Schröder-Blair-Papier" erhaltet Ihr gleichzeitig mit einer separaten Mail.

Ich will hier nicht den Inhalt des Sozialdemokratischen Vorschlagspapiers bewerten, sondern den Inhalt ausschließlich zur Kenntnis geben, da uns eigentlich schnellstmöglich bekannt sein sollte, was der Koalitionspartner da überlegt und plant.

Herzliche Grüße  
aus Hamburg  
Peter v. Hof

---  
P.vH@gmx.de  
Tel.: 040-460 36 61  
Fax: 040-480 36 57

Hier nun der Text:

-----  
Ottmar Schreiner, SPD-Bundesgeschäftsführer 18. Mai 1999

Zur Zukunft der SPD  
Thesen zur Debatte über den "Dritten Weg"

I.  
Die Übernahme der Regierungsverantwortung im Bund hat die SPD vor eine neue Aufgabe gestellt. Wir müssen nun nicht nur auf glaubhafte, sondern auch auf überprüfbare Weise unser tägliches Handeln in der Regierungsverantwortung mit überzeugenden politischen Perspektiven verbinden. Diese müssen den größeren Teil der Öffentlichkeit davon überzeugen können, daß die Sozialdemokratie ein Regierungsmandat über die Legislaturperiode hinaus verdient. Realismus, aber auch die Kraft zu wirklichkeitsnahem Zukunftsentwurf sind dafür die Voraussetzung. Die SPD, mit einer großen Zahl engagierter Mitglieder, die Erfahrungen und Kompetenzen aus wichtigen gesellschaftlichen Erfahrungs- und Handlungsfeldern mitbringen, ist für eine solche Diskussion die geeignete Plattform.

Geprägt von Massenmedien, einer voranschreitenden sozialen Differenzierung und der Modernisierung der Denk- und Handlungsweisen, der Berufsbilder und Wertewelten ihrer Anhänger und Wähler, kann die SPD eine solche Aufgabe nur erfüllen, wenn sie sich als eine große demokratische Organisation definiert, die handlungsorientiert Tages- und Zukunftsfragen verknüpft und die in der

Lage ist, Impulse aus der Gesellschaft aufzunehmen und in die Gesellschaft wirkungsvoll zu vermitteln.

## II.

Die von Tony Blair und Anthony Giddens in Europa angestoßene Diskussion um einen "Dritten Weg der Sozialdemokratie" zwischen "neoliberalem" Politikverzicht und "altlinkem" Konservatismus orientiert sich im Kern an den richtigen Fragen. Ich füge hinzu: es ist auch die richtige Richtung, die Giddens als "links von der Mitte" einordnet. Der "dritte Weg", der unser Weg werden sollte, sieht die Chancen für nachhaltiges Wachstum, ein gutes Leben und politische Freiheit in einer Welt neuer globaler Dimensionen und fordert dazu auf, sie international koordiniert zu nutzen.

Selbstverständlich gibt es in den einzelnen europäischen Sozialdemokratien aufgrund ihrer verschiedenartigen Traditionen, ihrer unterschiedlichen politischen Kulturen, der Ungleichzeitigkeit ihrer Programmerneuerung und einer verschiedenartigen Gewichtung der einzelnen Probleme neben den Gemeinsamkeiten auch erhebliche Unterschiede. Darum kann die Erneuerung nicht im Import fertiger Modelle bestehen, es wird nicht einen, sondern diverse "dritte Wege" geben.

Die deutsche Sozialdemokratie hatte schon 1959 mit ihrem Godesberger Programm den Durchbruch zu einer grundwerteorientierten pragmatischen Volkspartei vollzogen. Dieser tiefgreifende Wandel war lange Zeit von anderen sozialdemokratischen Parteien mit Distanz betrachtet worden, ist aber mittlerweile die gemeinsame Überzeugung fast aller sozialdemokratischer Parteien in Europa. Wir hatten dann mit unserem Berliner Programm von 1989 Antworten auf einige der neuen Fragen der "Zweiten Moderne" entwickelt, die in vielen Einzelbereichen der Politik neue Angebote in die politische Debatte eingebracht haben. In der Ökologie- und Technologiepolitik, der Europapolitik, der Gleichstellung der Geschlechter wurden neue Lösungen erarbeitet, die zukunftstauglich sind. Wir werden uns vorurteilsfrei mit befreundeten Parteien austauschen und dann verantwortungsvoll unseren eigenen Weg bestimmen.

Wir können bei einer Erneuerungsdiskussion auf der Werteorientierung von Godesberg aufbauen und wichtige Aspekte des Berliner Programms fortentwickeln und konkretisieren. Dafür hat die SPD drei Projektgruppen zu den zentralen Politikfeldern Zukunft der Arbeit, der Familie sowie selbständiger Tätigkeit eingerichtet. Mit den Antworten wollen wir den Zusammenhalt der Gesellschaft fördern.

Im Kern geht es um die Balance zwischen kleinen Schritten und pragmatischen Lösungen einerseits, der Erkennbarkeit von Werten und Zielen andererseits.

## III.

Die Fragen liegen angesichts der Ursachen der Probleme, mit denen wir es heute zu tun haben, auf der Hand. Es sind die Fragen, die in der Debatte um den "Dritten Weg" und die "Rückkehr der Politik" die Diskussionen der europäischen Sozialdemokratie beherrschen. Was sind die Grundwerte und was sind die Ziele, die einen Rahmen setzen auch für das, was wir ändern wollen, was lange Zeit als selbstverständlich in den eigenen Reihen galt?

### 1. Neue Ökonomie in der globalisierten Wirtschaft:

Wie verbinden wir die Förderung der hochmodernen Arbeitsplätze in den wettbewerbsfähigen, zumeist informationstechnologischen Sektoren unserer Wirtschaft mit verbesserten Voraussetzungen für Existenzgründungen in allen Wirtschaftsbereichen und mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Es geht auch um verbesserte Anreize im Bereich der gering qualifizierten Arbeit und der einfachen personenbezogenen Dienstleistungen. Welche Rolle spielen die Rahmenbedingungen, welche Rolle spielen die Innovationen, welche Rolle spielen neue Arbeitszeitmodelle, welche Rolle spielt eine veränderte Einstellung der Einzelnen zur Eigenverantwortung? - das sind einige der Fragen, die wir klären wollen.

Wenn wir von gesellschaftlicher Verantwortung sprechen, ist die Wirtschaft damit einbezogen. Das Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft privatisierte eben nicht nur die Gewinne. Sondern die Unternehmen müssen

sich weiterhin aktiv an der Lösung gesellschaftlicher Probleme - finanzieller, sozialer und ökologischer - beteiligen. Das Bündnis für Arbeit ist das derzeit wichtigste Beispiel für eine Politik, die nichts befiehlt, die aber etwas ermöglichen und vermitteln will.

## 2. Sozialstaat:

Die Grundidee des Sozialstaats, als Form institutionalisierter Solidarität, steht für Sozialdemokraten nicht zur Disposition. Die dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit, die Entwicklungen im Gesundheitswesen, der demographische Wandel, Zuwanderung und Integration, um nur die wichtigsten Handlungsfelder zu nennen, verlangen, daß wir die Wege der sozialen Sicherung weiterentwickeln.

Ohne reformierten Sozialstaat, der beispielsweise diskontinuierliche Erwerbsarbeit absichert, ist auch keine aktive Bürgerbeteiligung möglich. Wir müssen klären, was die Rolle einer verlässlichen sozialen Grundsicherung für alle sein kann, worin sie besteht, welche Leistungen weiterhin nach dem Versicherungsprinzip garantiert werden müssen und wie weit Spielräume und Anreize für Eigeninitiative verbessert werden können.

Eine aktive Sozialpolitik muß in erster Linie die Menschen zu selbständiger Lebensführung ermutigen, anstatt nachträglich umzuverteilen. Keine Gesellschaft kann es sich leisten, eine beträchtliche Zahl von Menschen auf Dauer auszuschließen. Deshalb setzen Sozialdemokraten gegen Ausgrenzung und Spaltungen der Gesellschaft die Idee der Einbeziehung, der sozialen Teilhabe und der sozialen Chancen, was in erster Linie Zugang zu Arbeit und zum Arbeitsmarkt, zu Qualifikationen bedeutet.

Politik der sozialen Chancen bedeutet für mich dreierlei: Den flankierenden Schutz bei großen Lebensrisiken wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit oder Krankheit; aktivierende Förderprogramme zur raschen Überwindung von Risikosituationen; schließlich Förderung von bürgerschaftlichem Engagement in Arbeits- und Lebenswelten.

## 3. Neue Politikformen:

Der Staat garantiert als die Gemeinschaftsorganisation der Gesellschaft die Rechte der Schwächeren, er schafft und sichert Voraussetzungen für die Entwicklung der ganzen Gesellschaft. Das sind Grundüberzeugungen der SPD, die mit großem Erfolg seit dem Beginn der sozialdemokratischen Bewegung gegen Liberalismus und Konservatismus verfochten wurden. Der verstärkte Wunsch nach Beteiligung bei vielen Bürgerinnen und Bürgern verlangt, daß wir unsere Politikformen in der komplexer werdenden Gesellschaft ergänzen.

Wie weit kann der Staat als Anreger, als Moderator, als Partner seine Ziele besser erreichen, als in der alten hierarchischen Rolle? Wie weit können Bürgerzusammenschlüsse in der Gesellschaft selbst politische und soziale Aufgaben wirkungsvoller, problemnäher, engagierter und nachhaltiger lösen, als staatliches Handeln? Welche Formen des Zusammenwirkens von bürgerschaftlichem und staatlichem Engagement versprechen den größeren Erfolg? Das sind Themen für die Erneuerung. Der Staat soll künftig neben statt über den Bürgern stehen; nicht nur in der Sozial-, sondern ebenso in der Innen- und Rechtspolitik, in der Praxis jeder Verwaltung. Es geht nicht um Privatisierung politischer Verpflichtungen, sondern um neue, gesellschaftsnähere politische Formen ihrer Erfüllung.

## 4. Kultur der Verantwortlichkeit:

Die liberalistische Ideologie, wonach letztlich immer der Einzelne schuld ist, wenn es ihm nicht gelingt, in der Gesellschaft, in der wir leben, die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen zur Sicherung einer menschenwürdigen Existenz zu gewinnen, ist auch heute falsch.

Richtig aber ist, daß wir über die Verteilung von Rechten und Pflichten neu nachdenken müssen und darüber, wie wir die vielen, die es betrifft, nachhaltiger und wirkungsvoller daran erinnern können, worin ihre soziale Verantwortung besteht und was die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür sind, daß ihnen Rechte garantiert werden können. Das betrifft nicht nur Mißbräuche im Sozialstaat, es betrifft auch Solidarität mit anderen im Nahbereich, ebenso zivile Umgangsformen untereinander und die Stärkung und Verbreitung eines Bürgersinns, der nicht nur nach Rechten sondern auch nach

Pflichten fragt.

#### 5. Neue Mitte:

"Neue Mitte" war nicht nur ein Schlagwort für den Wahlkampf. Die sozialen Milieus der "Neuen Mitte", vor allem in Kultur-, Sozial- und neuen Technikberufen bestehen zum großen Teil aus jüngeren Menschen, die gelernt haben, mit neuen Technologien zu leben, Nutzen aus ihnen zu ziehen und sie zu handhaben, die gut informiert und politisch interessiert, aber nicht an eine bestimmte Partei, auch nicht an unsere gebunden sind; die sich viel mehr von Fall zu Fall auf direktem Wege mit guten Informationen und Argumenten versorgen, um ihre eigene Entscheidung treffen zu können. Sie sind keine Stammwähler und werden es überwiegend auch nicht werden. Aber sie sind offen für glaubwürdige und umsetzbare Projekte, die SPD kann viele von ihnen immer wieder gewinnen.

Sie haben einen hoch entwickelten Sinn für soziale Verantwortung, für Gerechtigkeit und für den Wert einer solidarischen Gesellschaft. Es macht darum einen guten Sinn, sie als wichtige Zielgruppen sozialdemokratischer Politik und sozialdemokratischer Kommunikation ernst zu nehmen. Aber auch die sogenannten Stammwähler sind beweglicher und offener als viele unterstellen und müssen ebenfalls mit zeitgemäßen Antworten immer neu überzeugt werden.

Die Medien spielen bei der Vermittlung unserer Politik eine große Rolle. Viele Wählerinnen und Wähler, gerade auch Angehörige der neuen Milieus, suchen aber in der direkten Auseinandersetzung nach Information und Argumenten. Dies zu vermitteln ist die Aufgabe der großen Mitgliederpartei SPD:

#### IV.

"Innovation und Gerechtigkeit" hieß der Wahlspruch, mit dem die Sozialdemokratie die Bundestagswahl 1998 für sich entschieden hat. Innovation wird in der veränderten Situation, in der wir uns heute befinden, viele ungewohnte Neuerungen und Veränderungen von allen verlangen. Neue Formen der Flexibilisierung und Entbürokratisierung, der Arbeitsteilung von Staat und Gesellschaft, der Eigenverantwortung erweisen sich als notwendig. Die Sozialdemokratie wird auch in Zukunft eine Mehrheitsunterstützung nur gewinnen, wenn sie über die notwendigen Veränderungen in den Bereichen von Innovation und Flexibilisierung hinaus ein überzeugendes Konzept sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit vertritt.

Die Themen der Partizipation, Teilhabe und der ökologischen Erneuerung, zu dem das Berliner Programm 1998 viele gute Vorschläge gemacht hat, dürfen in der neuen Diskussion nicht vernachlässigt werden. Es bleibt richtig, daß eine ökonomische Innovationspolitik ohne ökologischen Umbau sich selbst widerspricht: Es bleibt ebenfalls richtig, daß die Teilhabe der Betroffenen und der Beteiligten in allen Bereichen der Gesellschaft nicht nur ein Anspruch ist, den sie als mündige Menschen haben und den wir als Sozialdemokraten unterstützen, sondern auch eine Produktivkraft für die Entwicklung selbst.

Die Diskussion um sozialdemokratische Erneuerung hat in Deutschland eine fruchtbare Tradition. Worum es jetzt geht, ist eine Überprüfung der Projekte, ihre Weiterentwicklung und ihre innere Verbindung. Die SPD muß in der Öffentlichkeit glaubhaft darstellen, daß sie die Volkspartei ist, die die notwendigen Veränderungen auf vielen Gebieten mit der Garantie sozialer Sicherheit verbinden kann, ohne die unsere Gesellschaft immer stärker zerklüftet. Dafür lohnt sich die große Anstrengung einer gründlichen Diskussion um die Erneuerung des sozialdemokratischen Denkens.

Die Renaissance der Sozialdemokratie wird vor allem auch davon abhängen, inwieweit es gelingt, den europäischen Raum für eine gemeinsame Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zu nutzen. Ulrich Beck hat in diesem Zusammenhang von den Handlungsspielräumen für eine Globalisierung mit menschlichem Antlitz gesprochen. Die gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse in der Europäischen Union haben dafür Optionen geschaffen, es wird in starkem Maße auch von der SPD abhängen, ob und wie die Chancen genutzt werden.

---